



# Barthle-Brief

Nr. 42

**Berlin aktuell**  
Die Woche im Bundestag

18.12.2015

Thema der Woche:

## **„Abschottung ist keine vernünftige Option“ Angela Merkel ruft EU zu Kompromissfähigkeit und Solidarität auf**

Die letzte Sitzungswoche des Deutschen Bundestages im parlamentarischen Jahr 2015 stand ganz im Zeichen der anhaltenden Migrations- und Flüchtlingskrise. Gleich zu Beginn der Woche setzte der 28. Parteitag der CDU Deutschlands ein klares und starkes Signal der Geschlossenheit und der Einheit und beschloss mit überwältigender Mehrheit die „Karlsruher Erklärung zu Terror und Sicherheit, Flucht und Integration“, mit der die Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge spürbar reduziert werden soll.

In ihrer Regierungserklärung an diesem Mittwoch zum Europäischen Rat, der am Donnerstag und Freitag in Brüssel tagte, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel, angesichts der globalen Herausforderungen – darunter die Flüchtlingskrise und der islamistische Terror – dürfe Europa nicht der Versuchung erliegen, in nationalstaatliches Handeln zurückzufallen. Sie rief die Europäische Union zu Kompromissfähigkeit und Solidarität auf und äußerte auch die Hoffnung, dass es gelingen werde, Großbritannien in der Europäischen Union zu halten. „Abschottung ist im 21. Jahrhundert keine vernünftige Option“, sagte Merkel. Keinem EU-Land könne es alleine gelingen, sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten, den Terrorismus zu besiegen oder den Klimawandel aufzuhalten, sagte sie. Als wichtigste Errungenschaften, die es zu wahren gelte, nannte sie die gemeinsame Währung und die offenen Binnengrenzen. Davon profitiere insbesondere Deutschland.

In der sich anschließenden Debatte versprach der CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder der Kanzlerin Unterstützung in dem Bemühen, Europa wieder in einen besseren Zustand zu ver-

setzen. Er wies vor allem den Nationalstaaten die Verantwortung dafür zu, dass Europa in einer beklagenswerten Lage sei. So sei es nicht akzeptabel, dass beispielsweise die Slowakei vor dem Europäischen Gerichtshof dagegen klagte, Flüchtlinge aus anderen EU-Mitgliedstaaten aufnehmen zu müssen. Nach EU-Beschluss sollen 160.000 Flüchtlinge hauptsächlich aus Griechenland und Italien innerhalb der EU umverteilt werden.

Die Flüchtlingskrise kann aus Sicht der Kanzlerin nicht alleine auf nationaler Ebene bewältigt werden. Es brauche Antworten auf europäischer und internationaler Ebene, betonte sie. So bedürfe es eines effektiven Schutzes der EU-Außengrenzen sowie eines dauerhaften und verbindlichen Mechanismus für die Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU. Gerade letzteres sei elementar für die europäische Solidarität. CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt sagte, sie wünsche sich mehr Solidarität, als bisher von einigen Mitgliedstaaten zum Ausdruck gebracht worden sei. „Europa ist nicht nur eine Zugewinnsgemeinschaft, sondern in erster Linie eine Wertegemeinschaft.“

Merkel stellte sich hinter den jüngsten Vorschlag der EU-Kommission, die Befugnisse der gemeinsamen Grenzschutzagentur Frontex auszubauen, auch wenn mit dem Grenzschutz die nationalstaatliche Souveränität berührt sei. Sie werde sich dafür einsetzen, dass der Vorschlag möglichst schnell umgesetzt werde. Unter anderem sieht die Kommission vor, dass Frontex auch ohne Zustimmung eines Mitgliedstaates dessen EU-Außengrenze sichern kann, wenn dieser Staat dazu alleine nicht in der Lage ist. Die Kanzlerin hob auch die Rolle der Türkei bei der Sicherung der EU-

Außengrenzen hervor. „Die Türkei ist und bleibt ein Schlüsselpartner“, sagte sie. Wenn es gelinge, die illegale Einwanderung über die türkische Seegrenze zu Griechenland einzudämmen, könne man über Kontingente Möglichkeiten der legalen Zuwanderung nach Europa schaffen. „Es gibt nicht die eine Lösung“, betonte Merkel. Man müsse an vielen Stellen gleichzeitig ansetzen.

Angesichts des 2016 oder 2017 bevorstehenden Referendums im Vereinigten Königreich über einen Verbleib in der EU sagte Merkel: „Deutschland wünscht sich, dass Großbritannien dauerhaft aktiver Partner in einer starken Europäischen Union bleibt.“ Davon profitiere nicht nur Großbritannien selbst, sondern auch die EU als Ganzes. Bei allem Willen zu einer Lösung stünden europäische Errungenschaften wie die Freizügigkeit und die Nichtdiskriminierung der Bürger allerdings nicht zur Disposition.

ten 🗳️ Kurznachrichten 🗳️ Kurznachrichten 🗳️

### Bundeswehreinsatz im Mittelmeer verlängert

Die Bundeswehr wird sich auch weiterhin an der Nato-geführten Operation „Active Endeavour“ (OAE) im Mittelmeer beteiligen. Der Bundestag sprach sich an diesem Donnerstag in namentlicher Abstimmung für einen dahingehenden Antrag der Bundesregierung aus. 467 Abgeordnete stimmten mit Ja, bei 133 Nein-Stimmen und einer Enthaltung. Anders als bislang wird das Mandat aber nicht um zwölf Monate verlängert, sondern lediglich bis zum 15. Juli 2016, da bis zum NATO-Gipfel in Warschau im Juli 2016 die Weiterentwicklung von OAE zu einer Maritimen Sicherheitsoperation angestrebt wird, wie die Regierung in ihrem Antrag schreibt. Derzeit dient noch immer der als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001 ausgerufene Bündnisfall nach Artikel 5 des Nato-Vertrages als Grundlage des Einsatzes, was von allen Fraktionen während der Debatte kritisiert wurde. OAE sei als Reaktion auf den 11. September angemessen und im Verlauf auch erfolgreich gewesen, befanden Redner der Unionsfraktion. Weder sei es zu einem terroristischen Angriff im Mittelmeer gekommen noch sei aus der abstrakten Bedro-

hungslage eine akute Bedrohung geworden. Richtig sei aber auch, dass sich die Lage im Mittelmeer seit 2001 verändert habe. Daher setze sich Deutschland schon seit 2012 für eine Weiterentwicklung des Einsatzprofils zu einer umfassenden maritimen Sicherheitsoperation und für die Loslösung von Artikel 5 ein, so die einhellige Meinung. Die Unionsabgeordneten machten zudem deutlich, dass gerade Deutschland ein hohes Interesse an sicheren Seewegen habe. Diese seien die „Lebensader der Globalisierung“. 80 Prozent der Ex- und Importe würden über die hohe See durchgeführt.

### Ausweitung des Afghanistaneinsatzes zugestimmt

Der Bundestag gibt grünes Licht für eine Ausweitung des Afghanistan-Einsatzes. In namentlicher Abstimmung votierten ebenfalls an diesem Donnerstag 480 Abgeordnete für einen entsprechenden Antrag der Bundesregierung. Damit erhöht sich die Zahl der einzusetzenden Soldaten im Rahmen der Nato-Ausbildungs-, Beratungs- und Unterstützungsmission „Resolute Support“ von bisher 850 auf bis zu 980. Gegen den Antrag votierten 112 Abgeordnete, zehn enthielten sich.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen nannte 2015 ein „hartes Jahr für Afghanistan“. Die ursprüngliche Ankündigung der ausländischen Truppen, sich aus der Fläche zurückzuziehen, sei nicht ohne Wirkung geblieben und habe die Taliban „teilweise ermutigt“, die afghanische Armee anzugreifen. Es gehe beim Mandat nun darum, die „reine Orientierung an Zeitlinien“ zu korrigieren und stattdessen die militärische Präsenz an den Fortschritten im Land zu bemessen. Der Einsatz sei kein „Blankoscheck“, sondern mit einer klareren Erwartungshaltung an die afghanische Regierung verbunden, endlich wichtige Reformen konsequent anzugehen.

Gerade weil sich Deutschland militärisch mit dem Ende des Isaf-Mandats zurückgezogen habe, „dürfen wir beim Wirtschaftsaufbau und der Entwicklungszusammenarbeit nicht nachlassen“, sagte von der Leyen mit Blick auf Flüchtlinge aus Afghanistan. „Es kann in der Tat nicht sein, dass wir über Jahre die Bundeswehr schicken – und gleichzeitig verlassen vor allem

die gut Ausgebildeten und Wohlhabenden das Land.“

Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Jürgen Hardt, nannte es „klug und richtig, vom ursprünglichen Zeitplan abzuweichen“ und auch vom Rückzug aus der Fläche vorerst abzusehen. In Afghanistan sei die Situation nach wie vor nicht so, „dass wir auf diesen Einsatz verzichten können“, wenngleich auch zur Kenntnis genommen werden müsse, dass es in vielen Regionen des Landes mittlerweile stabile Verhältnisse gebe. Allein die Tatsache, dass in den vergangenen Jahren Hunderttausende Afghanen wieder zurück in ihre Heimat gekommen seien, spreche für Erfolge von Isaf und der Nachfolgemission RSM. Hardt begrüßte die Einigung der Innenminister der Bundesländer, die generelle Entscheidung, keinen Flüchtling aus Afghanistan zurückzuführen, wieder aufzuheben und eine individuelle Prüfung einzuführen. „Das halte ich für die logische Konsequenz dessen, was wir in Afghanistan machen.“

### Zitat

«Als ich das gesagt hatte, begann eine spannende Diskussion: 'Wie kann sie sagen, wir schaffen das?' Und ich antworte Ihnen: Ich kann das sagen, weil es zur Identität unseres Landes gehört, Größtes zu leisten.»

*(Bundeskanzlerin Angela Merkel verteidigt anlässlich des 28. Parteitags der CDU Deutschlands an diesem Montag in Karlsruhe ihr Leitmotto in der Flüchtlingskrise, für das sie kritisiert wurde.)*

### **Sonderinformation Flüchtlinge**

2015 hat uns und unser Land vor große Herausforderungen gestellt. Angesichts des Flüchtlingszustroms hatten und haben wir Aufgaben zu lösen, deren wirkliche Ausmaße vor einem Jahr niemand in dieser Form hätte vorhersehen können. Wenn wir auf das vergangene Jahr zurückschauen, dann sollten wir dies in aller Klarheit und Ausgewogenheit tun:

Bund, Länder und Kommunen sind gemeinsam gefordert und stehen in einer Verantwortungsgemeinschaft. Daher hat der Bund die Länder auch dieses Jahr mit zwei Milliarden Euro allein für die Bewältigung der Flüchtlingssituation unterstützt. Für das kommende Jahr wird er sie mit über 4,8 Milliarden Euro unterstützen, zusätzlich zu vielen Entlastungen für Länder und Kommunen.

Klar ist, dass wir Ende November knapp 356.000 anhängige Asylverfahren (Erstanträge und Folgeanträge) haben. Im Vorjahr waren dies zum gleichen Zeitpunkt nur 163.244.

Wir wissen: Die Zahlen zur Antragstellung bilden nur einen Ausschnitt aller ab, die unser Land in diesem Jahr auf der Suche nach Schutz erreicht haben. Wir sind uns einig: Diese außerordentlich hohe Zahl innerhalb so kurzer Zeit ist zu groß. Kein Land, auch nicht Deutschland, kann die Hoffnungen aller erfüllen, die auf der Flucht vor Terror und Krieg zu uns kommen oder sich aus Chancenlosigkeit und Verzweiflung eine bessere Zukunft bei uns versprechen. Ausmaß und Geschwindigkeit der Flüchtlingsbewegung sind eine der größten Herausforderungen überhaupt, auf allen Ebenen. Daher sind wir entschlossen, den Zuzug von Asylbewerbern und Flüchtlingen im kommenden Jahr spürbar zu verringern.

Klar ist auch, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) schon jetzt hart am Abbau der noch offenen Verfahren arbeitet: Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten bereits seit Monaten erhebliche Mehrarbeit. Insbesondere in Schlüsselbereichen wird im Schichtbetrieb gearbeitet, soweit dies z. B. auf Bitten eines Landes erforderlich und im Rahmen der räumlichen und personellen Ressourcen möglich ist. Das BAMF baut diesen Schichtbetrieb weiter aus.

Trotz beispiellos gestiegener Antragszahlen haben wir so dennoch erreicht, dass im BAMF

- bis Ende November mit über 240.000 bereits fast doppelt so viele Entscheidungen wie im vergangenen Jahr getroffen wurden,
- im Oktober über 31.000 und im November knapp über 35.000 Entscheidungen getroffen wurden (im November 2014 waren es nur knapp 15.000),

- mittlerweile im Schnitt rund 1.700 Entscheidungen pro Tag getroffen werden und
- die Verfahrensdauer um rund zwei Monate (von 7,1 in 2014 auf derzeit 5,2 Monate) gesenkt werden konnte.

Wenn man bedenkt, dass 2015 bis Ende November mehr Asylanträge gestellt wurden als in den drei Jahren davor zusammen (2015: 425.035; 2012 bis 2014: 407.508), so ist dies eine beachtliche Leistung, für die wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAMF danken müssen!

Klar ist aber auch, dass wir in Anbetracht der Lage noch besser werden müssen. Und dies wird uns gelingen, denn, was hierfür notwendig ist, ist auf dem Weg:

- Schon mit den Haushalten 2013 bis 2015 hatten wir das Personal des BAMF mit zusätzlichen 1.650 Mitarbeitern um mehr als 50 % erhöht. Insgesamt sind damit aktuell rund 3.100 Vollzeitäquivalente im Einsatz.
- In den Haushaltsverhandlungen 2016 wurde erreicht, dass wir zusätzlich die Voraussetzungen für weitere 4.000 Stellenbesetzungen schaffen.
- Künftig wird das BAMF also insgesamt über gut 7.000 Stellen verfügen. Damit erhält es die erforderliche Personalverstärkung, um die gegenwärtig abzusehenden Antragszahlen zügig abzuarbeiten.

Wir haben es auch nicht allein bei der personellen Verstärkung des BAMF belassen. Vielmehr haben wir gezielt die Voraussetzungen dafür geschaffen, die Asylverfahren grundlegend zu verbessern. Das „Asylpaket I“ (Asylverfahrenbeschleunigungsgesetz und die zugehörige Verordnung), das Ende Oktober in Kraft getreten ist, enthält unter anderem Regelungen zur

- Verfahrensbeschleunigung z. B. durch die Erweiterung der sicheren Herkunftsstaaten und
- Beseitigung von Fehlanreizen z. B. durch Leistungskürzungen für vollziehbar Ausreisepflichtige, wenn diese die Gründe für Nichtausreise selbst zu vertreten haben, oder ein Beschäftigungsverbot bei offensichtlich unbegründetem Asylantrag.

Jetzt müssen alle Beteiligten die durch das Gesetz eröffneten Handlungsoptionen konsequent und sehr rasch nutzen.

Neben dem Asylpaket I hat das Kabinett in der vergangenen Woche den Entwurf zum Datenaustauschverbesserungsgesetz beschlossen – ein außerordentlich wichtiger Schritt, um besser zu steuern und zu ordnen:

- Kernstück ist die Einführung eines einheitlichen Nachweises für Asyl- und Schutzsuchende und einer entsprechenden Datenbank, um für eine sichere und rasche Identifizierung der ankommenden Personen zu sorgen und deren Registrierung zu vereinfachen.
- Künftig speichern wir zu Asyl- und Schutzsuchenden nun auch Informationen, die für die schnelle Integration und Arbeitsvermittlung erforderlich sind (Schul-/Berufsausbildung oder sonstige Qualifikationen).

Außerdem beraten wir derzeit noch das Asylpaket II, denn wir benötigen weitere Rechtsänderungen, um die Asylverfahren noch besser zu steuern, weiter zu beschleunigen und um Verzögerungen und Missbrauch bei Rückführungen entgegenzuwirken.

Ich möchte zum Schluss noch auf eine weitere Aufgabe kommen, die 2016 mindestens ebenso wichtig sein wird wie die Aufnahme und Unterbringung der Asyl- und Schutzsuchenden – die Frage der Integration der auf längere Zeit bei uns bleibenden Menschen.

Wir müssen hier beantworten, was dies langfristig für unsere Gesellschaft bedeutet. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben, ein gutes Miteinander zwischen unserer Gesellschaft und den Flüchtlingen zu schaffen und diesen Menschen eine Perspektive zu geben. Perspektiven eröffnen sich zunächst über Sprache. Auch hier haben wir 2015 einiges erreicht und die Weichen für gelingende Integration gestellt:

- Unsere Integrationskurse sind schon für Asylsuchende im laufenden Verfahren geöffnet, soweit sie eine Bleibeperspektive besitzen.
- Wir haben gemeinsam mit dem BMAS die bundesgeförderten Sprachangebote so aufeinander abgestimmt und verzahnt, dass sich Grundangebot des Integrationskurses

und berufsbezogene Deutschsprachförderung gut ergänzen.

- Außerdem haben wir das Programm „Integration durch Sport“ finanziell ausgebaut und für Asylbewerber geöffnet. Nun steht auch über den Deutschen Olympischen Sportbund ein breit angelegtes Integrationsangebot bereit.
- Da kommendes Jahr mit deutlich mehr Integrationskursteilnehmern zu rechnen ist, hat der Haushaltsgesetzgeber die Mittel für Integrationskurse auf unsere Veranlassung für 2016 mehr als verdoppelt (auf 559 Mio. Euro).

Integration kann nur gelingen, wenn Ankommende mitmachen, sich anstrengen, Geduld haben, neugierig sind, unsere Gesetze achten und unsere Werte anerkennen, ja sie leben. Dies können und dürfen wir erwarten. Erfolgreiche Integration ist wichtig für dauerhafte Akzeptanz, dafür dass wir uns auf Augenhöhe begegnen können. Um diesen Menschen speziell dabei zu helfen, sich in unsere Wertegemeinschaft einzubringen, hat das BAMF ein neues Konzept zur Wertevermittlung erarbeitet, das in Kürze vorgestellt wird.

Was uns hiermit an Integration gelingt, erspart uns später einiges – in jeder Hinsicht. Ohne richtige, erfolgreiche Integration versagt auch Prävention. Wir wollen Parallelgesellschaften verhindern und dem Abgleiten in Extremismus entgegenzutreten – nicht bloß unter den Flüchtlingen und Asylsuchenden. Wenn die Menschen in Deutschland – als Nachbarn, Arbeitskollegen, Trainer oder Spieler im Sportverein – mit eigenen Augen sehen und selbst erfahren, dass sich die Flüchtlinge hier einbringen können und wollen, unsere Werte verstehen, achten, vielleicht sogar verteidigen, ist dies das beste Programm gegen Rechtsextremismus.

Mit Integration und Prävention in diesem Sinne wird gesellschaftlicher Zusammenhalt möglich. Für mich als Bundestagsabgeordneter ist dies ein ganz besonderes Anliegen im kommenden Jahr. **Doch die Politik kann es nicht allein schaffen, hier sind wir auf die gesamte Gesellschaft, auch auf SIE persönlich angewiesen. Packen wir es an, wir schaffen das!**

*Allen Leserinnen und Lesern des „Barthle-Briefs“ wünsche ich noch einen friedvollen 4. Advent und ein besinnliches und gesegnetes Weihnachtsfest, dazu Glück, Erfolg und Gesundheit für das Jahr 2016!*

